

Diese E-Mail ergeht an:

Alle Pfarrgemeinden der Kirche A.B.
Pfarrerinnen und Pfarrer der Kirche A.u.H.B.
Kirchenpresbyterium A.B.
Synode A.B.
Lektor*innen
Evangelische Kirche H.B. (zur Information)
Evangelisch-methodistische Kirche in Österreich
(zur Information)

Bischof Michael Chalupka
Severin-Schreiber-Gasse 3
1180 Wien
T. +43 059 1517 00-100
bischof@evang.at

Wien, 9. Jänner 2025

LK-KLT01-002171/2025
Geschäftszahl des Kirchenamtes

Per Mail versandt

Prüft alles und behaltet das Gute. (Thess 5,21)

Liebe Schwestern und Brüder, liebe Geschwister in Christo,

Euch und Ihnen allen wünsche ich ein gesegnetes Neues Jahr. Die Jahreslosung ermutigt uns, alles kritisch zu prüfen, vor allem aber dabei auf das Gute zu sehen und an das zu erinnern, was uns Halt und Orientierung gibt.

Seit der Nationalratswahl sind nun über 100 Tage vergangen. Die bisherigen Koalitionsverhandlungen haben zu einem großen Vertrauensverlust geführt. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind verunsichert, schauen zutiefst beunruhigt und mit großer Sorge in die Zukunft und fürchten um den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land. Auch in unseren Evangelischen Kirchen teilen viele diese Sorgen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat nun die stimmenstärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Gleichzeitig hat er betont, dass die Fundamente der Demokratie von jeder neuen Regierung respektiert werden müssen. Insbesondere nannte er den Rechtsstaat, Menschen- und Minderheitenrechte, freie und unabhängige Medien, die Gewaltenteilung sowie die Geltung europäischen Rechts. Als Kirche sehen wir auch die Bewahrung der Schöpfung und die Religionsfreiheit als Teil dieser Grundfeste.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften in Österreich haben eine besondere Form des respektvollen Zusammenlebens entwickelt, die dem Frieden im Land dient und durch unbedachte Äußerungen nicht gefährdet werden darf. Die Grundpfeiler der Demokratie, auf denen unser Wohlstand und unsere Sicherheit aufgebaut sind, sind von uns allen gemeinsam errungen worden. Ihre Einhaltung und Bewahrung ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft, auch der Christinnen und Christen.

Die Denkschrift „Evangelische Kirchen und Demokratie in Österreich“ der Generalsynode der Evangelischen Kirche A. und H.B. aus dem Jahr 2002 unterstreicht die prinzipielle Übereinstimmung des christlichen Glaubens mit demokratischen Formen des Zusammenlebens: „Christlicher Glaube bejaht die Demokratie als jene Form des geordneten Zusammenlebens, die der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit der Menschen am meisten Raum gibt. Der demokratische Staat weiß sich der Menschenwürde und den Menschenrechten verpflichtet, woraus das Gebot politischer und sozialer Gerechtigkeit für alle erfolgt. Aus christlicher Sicht lässt sich der Gedanke der Menschenwürde und der Menschenrechte als inhaltliche Konsequenz der biblischen Lehre von der Gottebenbildlichkeit des Menschen begreifen.“

Weiter heißt es: „Die Evangelischen Kirchen ermutigen ihre Mitglieder, Verantwortung für das Zusammenleben der Menschen wahrzunehmen – im eigenen Land sowie im europäischen und globalen Kontext – und sich für die Festigung und Weiterentwicklung demokratischer Strukturen in allen Bereichen des politischen Lebens aktiv einzusetzen. Dadurch nehmen sie den Auftrag wahr, der allen Christinnen und Christen aus der Menschenliebe Gottes und aus seiner Menschwerdung zuwächst.“

Politische Parteien haben für das gesellschaftliche Leben eine wichtige Funktion, die die Evangelischen Kirchen schätzen und anerkennen. Das ist jedoch verbunden mit der Aufgabe, die jeweiligen Parteiprogramme wie auch Äußerungen einzelner Politiker und Politikerinnen und deren praktische Umsetzung stets neu am Evangelium zu messen. Dazu gehört, die aktuelle politische, soziale und kulturelle Situation zu analysieren und die Zukunft mitzugestalten – im Bewusstsein, damit auch Konflikte zu riskieren.

Aktuell bedeutet das, dass wir als Evangelische Kirchen in den nächsten Wochen (wie schon bisher) achtsam die politischen Entscheidungen verfolgen und wenn nötig Einspruch erheben werden. Besonderes Augenmerk wird unsere Kirche darauf legen, wie sich diese Entscheidungen auf die Schöpfung und auf „die geringsten Brüder und Schwestern“ (Mt 25,40) auswirken – insbesondere auf Geflüchtete, Migranten und Migrantinnen, Armutsbetroffene, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke sowie Menschen in den Ländern des globalen Südens. Die Sorge um ihre Würde und ihr Wohl ist unserer Kirche – wie allen Kirchen – im Gebot der Nächstenliebe aufgetragen.

In Zeiten der Verunsicherung bleibt es die wichtigste Aufgabe unserer Kirche, das Evangelium Jesu Christi in Wort und Tat zu verkünden. Dies geschieht im Gottesdienst, im öffentlichen Zeugnis, in der Seelsorge und in der Diakonie als tätiger Nächstenliebe. Es geschieht überall in Österreich und steht vor und über aller Willensbildung politischer Kräfte in diesem Land. Wie es in der Denkschrift zur Demokratie heißt: „Die Liebe Jesu zu den Armen, Kranken, Alten und Schwachen sowie zu den gesellschaftlich Geächteten ist im Neuen Testament so eindeutig, dass das Christentum die Verpflichtung zum sozialen Handeln – auf persönlicher und politischer Ebene – niemals aus den Augen verlieren kann.“ Alle, die diesen Auftrag haupt- und ehrenamtlich wahrnehmen, verdienen den besonderen Schutz der Gemeinschaft in den Evangelischen Kirchen. Alle, die dabei an ihre Grenzen stoßen, und alle, die sich durch die Sorge um die Zukunft dieses Landes belastet fühlen, können auf den seelsorglichen Zuspruch der Evangelischen Kirchen zählen.

Mit herzlichen Grüßen, bleibt behütet!

Ihr/Euer Bischof Michael Chalupka


Michael Chalupka
Bischof